

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

24 (31.1.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Totalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Rechnungen, die nicht stimmen.

Justizrat Dr. Zul. Bachem-Köln schreibt unter der Überschrift in Nr. 5 der „Allgem. Rundschau“: Bis zu den nächsten Reichstagswahlen ist es noch weit. Es kann sich inzwischen vieles ereignen, wodurch alle Kombinationen über den Ausgang geworfen werden. Trotzdem beschäftigen sich die Blätter schon jetzt eifrig mit der Frage, was aus den nächsten Reichstagswahlen herauskommen werde. Wie das so üblich ist und wie auch das Witzmännchen der Fabel es machte, fällt die Rechnung meist so aus, wie es den Wünschen der Rechnenden entspricht; die politischen Gegner werden dabei in Grund und Boden gerechnet.

Am Jahresheft der „Preussischen Jahrbücher“ hat Professor Delbrück jüngst die politische Situation, besonders die Anbahnung eines Zweiparteiensystems, betrachtet, und dabei bezüglich des Zentrums u. a. ausgeführt: „Wir sind aufgrund einer langen Erfahrung gewohnt, die Zentrumsstimmen für unvereinbar zu halten. Auch bei den Reichswahlen ist es ja nicht gelungen, den Zentrum auch nur das kleinste Gebiet zu entreißen. Aber bei dem Votum hat bei den Wiltwischen Wahlen deshalb so gut abgeklungen, weil bei den Stichwahlen die dritte Partei immer hier zuriel: die Sozi wählten lieber Zentrum als konservativ und Liberale, weil es in der Opposition war, und die Konservativen und Liberale wählten lieber Zentrum als sozialdemokratisch, weil jenes doch zu den bürgerlichen Parteien gehört.“

Professor Delbrück ist ein geistreicher Mann; die Rechnung aber, die er da zugunsten des Zentrums aufgemacht hat, stimmt nicht. Wenn in Wirklichkeit, wie Professor Delbrück behauptet, die Stichwahlen an dem für das Zentrum günstigen Abschluß der Stichwahlen hauptsächlich schuld wären, dann müßte das Zentrum einen beträchtlichen, wenn nicht den größten Teil seiner Mandate erst in der Stichwahl erlangt haben. In Wirklichkeit fielen aber dem Zentrum von seinen 104 Mandaten nicht weniger als 88 schon in der Hauptwahl zu, wo es ganz auf seine eigene Kraft angewiesen war. Das sind fast 85% des Gesamtbestandes. Schon in der Hauptwahl hatte das Zentrum also den Angriff aller sogenannten Blockparteien glänzend abgelehnt und gezeigt, daß seine Position in der Hauptsache unantastbar ist. Nur 16 Sitze wurden in den Stichwahlen erlangt.

Ganz anders war dagegen das Bild auf Seiten der Liberale. Die Nationalliberalen erlangten von 54 Stimmen nur 19 in der Hauptwahl. Der Freisinnigen Volkspartei fielen von 28 Sitzen nur 6 in der Hauptwahl zu, der Freisinnigen Vereinigung von 14 nur 1 und der Süddeutschen Volkspartei von 7 nur 2.

Genau umgekehrt wie die Delbrück'sche Behauptung, daß das Zentrum seine starke Stellung hauptsächlich den Stichwahlen zu verdanken habe, ist die weitere Behauptung, daß dem Zentrum bei den Stichwahlen die dritte Partei immer zugefallen sei. Das Zentrum war im ganzen in 34 Wahlkreisen an Stichwahlen beteiligt; von diesen erlangte es aber nur 16,

also nicht einmal die Hälfte. In den 18 Wahlkreisen, welche das Zentrum nicht erlangte, zeigte sich, daß nicht einmal die Hälfte der Stimmen der ausschlaggebenden Partei dem Zentrum zufielen.

Ganz andere Geschäfte machten bei den Stichwahlen die Liberale, welche bei der Hauptwahl so schlecht abgeschnitten hatten. Die Nationalliberalen waren an 59 Stichwahlen beteiligt und gewannen davon 35; die Freisinnige Volkspartei gewann von 26 Stichwahlkreisen 22, die Freisinnige Vereinigung von 16 12 und die Süddeutsche Volkspartei von 10 5.

Die eifrigste Vorkämpferin des Modos der Linken, des liberal-sozialdemokratischen Großblocks nach badischem Muster, ist die „Frankfurter Zeitung“. Auch sie rechnet, und zwar will sie eine Mehrheit des Blockes der Linken für die nächsten Reichstagswahlen herausrechnen. Zunächst weist die „Frankfurter Zeitung“ auf 25 Sitze hin, welche die Sozialdemokraten mit Hilfe der Liberale von den „reaktionären“ Parteien (gemeint sind die konservativen und das Zentrum) erlangen könnten. Diese 25 neuen Sitze für die Sozialdemokratie sollen ausschließlich aus konservativen, freikonservativen und antisemitischen Holze geschnitten werden, also aus dem Holze von Parteien, welche 1907 im Wiltwischen Block vereint wurden. Unter den 25 Wahlkreisen befindet sich nicht ein einziger Zentrumswahlkreis.

Dagegen kommt das Zentrum zur größeren Hälfte mit in Betracht in 22 Wahlkreisen, für welche die „Frankfurter Zeitung“ auf die Unterstützung der Liberale durch die Sozialdemokratie rednet. Unter diesen 22 den Liberale zugesagten Wahlkreisen sind 14 Zentrumswahlkreise. Das ist also das Maximum dessen, was nach der Meinung der „Frankfurter Zeitung“ der Block der Linken dem Zentrum überhaupt abnehmen zu können glaubt. Voraussetzung ist dabei, daß „alles klappt“, d. h. daß eine feste Abmachung bezüglich aller von der „Frankfurter Zeitung“ in Betracht gezogenen 47 Wahlkreise getroffen und strikte durchgeführt wird. Der Sozialdemokratie wird dabei zugemutet, daß sie in mehreren Wahlkreisen vor den Liberale zurücktritt, selbst wo sie sehr viel stärker ist, als die Liberale aller Schattierungen.

Die Rechnung der „Frankfurter Zeitung“ ist also jedenfalls sehr optimistisch nach der Seite der Liberale. Sie läßt dabei völlig außer Betracht, wie das Bild sich gestalten könnte, wenn die Liberale nicht mehr die Unterstützung derjenigen Parteien finden würden, welche ihnen früher und insbesondere bei den Reichstagswahlen 1907 gegenüber sozialdemokratischen Mitbewerbern ausgiebig zur Seite gestanden haben.

Der ganze Optimismus der Berechnung der „Frankf. Zeitung“ wird den weitesten politischen Kreisen zum Bewußtsein gebracht durch zwei umfassende Artikel eines satirisch veranlagten Mitarbeiters der „Kölnischen Volkszeitung“ (in Nr. 33 und 36 dieses Blattes), welche eben wie die Rechnung des demokratischen Blattes auf der Voraussetzung des „Zweiparteiensystems“ beruht, diese aber folgerichtig durchführt. Die Artikel untersuchen die Verhältnisse in 101 jetzt liberal vertretenen Wahlkreisen

und nehmen dabei zugunsten der Liberale an, daß der liberal-sozialdemokratische Großblock, wie in Baden, für sämtliche Stichwahlen in Kraft tritt und daß der liberale Kleinblock in allen Wahlkreisen schon für den ersten Wahlgang eine Einigung bewirkt, die in Baden nicht gelang.

Die Unternehmung, welche hier nur in großen Zügen verfolgt werden kann, kommt zu dem Ergebnis, daß unter den für die Liberale günstigten Voraussetzungen von den 101 liberalen Mandaten ziemlich 1/3, nämlich 33, als sicher für die Liberale zu bezeichnen sind. In den 8 ersten der aufgeführten Wahlkreise dürften die Liberale nur mit sozialdemokratischer Hilfe siegen; unter den 14 letzten sind mindestens 7, in welchen die rechtsstehenden Parteien der Sozialdemokratie zum Siege verheßen könnten, was sie aber sicherlich nicht tun werden.

Den angeführten 33, für die Liberale „sicheren“ Wahlkreisen stehen aber 68 gegenüber, die zum kleineren Teil durch die rechtsstehenden Parteien, zum größeren durch die Sozialdemokratie bedroht sind. In nicht weniger als 38 von diesen 64 Wahlkreisen sind die Liberale, um sich zu behaupten, auf die Hilfe der rechtsstehenden Parteien angewiesen.

Danach stehen also unter der Voraussetzung des Zweiparteiensystems den von der „Frankfurter Zeitung“ herausgerechneten 22 möglichen Gewinnen der Liberale 56 mögliche und wenigstens 40 sehr wahrscheinliche, größtenteils sichere Verluste gegenüber; im günstigsten Falle ergibt sich demnach für die Liberale ein Verlust von 18 Mandaten. Demgegenüber würden allerdings die Sozialdemokraten die 25 Mandate der Rechtsparteien, die ihnen die Liberale verschaffen sollen, sowie mindestens 33 Mandate der liberalen Parteien, also insgesamt 58 Sitze gewinnen und damit auf eine Fraktionsstärke von 104 Mandaten kommen. Mit den höchstens 34, die den Liberale aller Schattierungen verbleiben würden, ergäbe das eine Gesamtstärke des liberal-sozialdemokratischen Großblocks von 138 Sitzen im Reichstage. Zur Mehrheit gehören aber 199.

Die Wahlfaktoren der verschiedenen Parteien werden gut tun, das hier auszusagen würde unangelegentlich Material zu beachten und nachzuprüfen. Das Gesamtergebnis ist, daß die Nähe des liberal-sozialdemokratischen Großblocks, auch wenn er auf der ganzen Linie wirksam würde, nicht in den Himmel wachsen werden. Jedenfalls haben die Rechtsparteien bei hinreichender Entschlossenheit es in der Hand, dies zu verhindern.

Frhr. v. Laroche unter Darlegung der Verhältnisse in anderen Staaten und der Fassung des Gesetzes, wie es von der Zweiten Kammer angenommen wurde und beantragt die Annahme des Gesetzes in dieser Form.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Ueber die im Budget des Ministeriums des Innern enthaltenen außerordentlichen Einnahmen zum **Neubau bzw. baulicher Herstellung von Heil- und Pflanzanlagen**

in Wiesloch, Konstanz und Emmendingen berichtet namens der Budgetkommission Bürgermeister Dr. Weis: Der früheren Ausführung dieser Bauten Schwierigkeiten in den Weg zu legen, hält die Kommission nicht für angängig. Die Kommission beantragt Annahme der geordneten Titel, bittet um nochmalige Prüfung der Konstanzer Pläne.

Ministerialdirektor Glöckner dankt der Kommission für ihr Entgegenkommen und erläutert die Mehrausgaben, die zum Teil auf weiter notwendig gewordene Einrichtungen und auf die höheren Baukosten zurückzuführen sind, so daß sich statt 5 1/2 Millionen 6 1/2 Millionen als Bedürfnis ergeben. Die Konstanzer Pläne sollen einer neuerlichen Prüfung unterzogen werden. Das jetzt zur Ausführung kommende Projekt ist das achte. Er bitte auch um die Ermächtigung zum Vollzug der Bauten noch vor der Genehmigung des Finanzgesetzes. Es erfolgt debattelose Annahme. Ueber das Budget des

Staatsministeriums, soweit noch nicht genehmigt, sowie über das Budget des **Groß-, Landes- und der auswärtigen Angelegenheiten**

berichtet Geh. Rat Scherer. Es erfolgt einstimmig debattelose Annahme. Ueber den

Justizetat

berichtet Frhr. v. Laroche: Die künftig bei der Kompetenz-erweiterung den Amtsgerichten zuzufallenden Fälle, die bisher den Landgerichten zufielen, werden 48 bis 50 Prozent. An die Aufhebung des Landgerichts in Mosbach wird ohne Schädigung des Hinterlandes nicht gedacht werden können. Dagegen könnte Walds- hut beim Ausbau der Bahnen an Freiburg ange- schlossen werden. Unter dem neuen Recht sollte vor gerichtlicher Entscheidung über geringfügige Strafen durch die Verwaltungsbehörde eine nach- malige Prüfung der Akten stattfinden, ob die Ver- urteilung überhaupt einen Wert haben kann. Bemerkens- wert ist, daß manche Juristen die deutsche Schrift nicht mehr benutzen können. Man sollte darauf hin- wirken, daß an den Mittelschulen die Aufsätze in deutscher Schrift abzufassen sind. Den älteren Gerichts- schreibereibeamten sollte Dispens erteilt werden von der Erlernung der Stenographie. Es wird im Gesetz auszusprechen sein, daß die Amtsgerichts- anwälte auch an den Landgerichten zugelassen wer- den; so lange diese Maßnahme noch nicht im Gesetz enthalten ist, sollte die Regierung bei entsprechenden Gesuchen möglichst entgegenkommen. Arbeiter als

Bei den Haberern.

Eine wahre Geschichte aus dem bayerischen Hochland von C. W. Stich.

(Fortsetzung.) Die Witte des Bergbauern hatten sich etwas ver- ärgert, da er wahrscheinlich meine gewisse Ver- trauenshaftigkeit mit dem bössartigen Geschwäg seiner Nachbarn über das er nur zu gut imrichtig war, in Verbindung brachte, ererbterten sich aber sofort wieder, als seine Tochter wieder eintrat.

Er folgte den anmutigen, zierlichen Bewegungen des jungen Mädchens, welches mit natürlicher Grazie, aber auch mit angelerntem Geschick die Vor- bereitungen zu unierem Abendessen traf.

So prangte denn bald auf dem Abendtisch ein Fische, das an Weiße mit der herzlichen Schlei- bornblüte wetteiferte.

Dazu stellte sie Porzellanteller, schwerillberne alte Kessel, Messer und Gabel, lauter einigte Batenge- schenke früherer Generationen der Sollinger Berg- bauern, auf, und plauderte traulich während dieser Arbeit.

Das Feuer brennt schon lustig in der schönen Stube, wo Euer Bett steht, Herr Max! Soll's Ihnen später zu warm werden, was ich aber nicht glaub, weißt bei uns da oben gleich bitter kalt wird, so können sie ja ein Fenster aufmachen. Na, wie oft habe ich und der Vater die letzten Jahre an Sie ge- dacht, als Sie im großen Krieg waren und wir hät- ten vernahmt geglaubt, daß Sie in Frankreich haben bleiben müssen, hätt' mir nit einigemal meine Freundin, die Zalmüller Marie geschrieben, daß ihr Bräutigam, der Vater Wolf Winter, der so wunder- schöne Bilder über den Krieg gemalt hat, Euch mehr als einmal gesund und frisch gesehen und auch mit

Ihnen geplaudert hat, das einmal gar nächst bei Paris.

Ich bestätigte lächelnd der lieblichen Maid mein öfteres Zusammensein mit meinem biederen Freund „Angelhot“, der sich dem Hauptquartier des so be- rühmt gewordenen Kommandeurs uneres I. bayer. Armeekorps, General von der Tann, zugezellt hatte als sogenannter „Schlachtenbummler“ und dessen Zeichnungen von Gefechten und Schlachten, sowie der verschiedensten Szenen des Kriegsschauplatzes für eine der vornehmsten illustrierten Journale gerech- tets Aufsehen erregt hatten.

Gilli nickte meinem Ergänzungsberichte freundlich zu und meinte dann:

„Geltens, Herr Max, bei uns ist's doch wunder- schön, und grad' schou'n werden's morgen, wenn wieder gutes Wetter ist und wenn's beim Aufwachen das ganze Gebirg vor Ihnen dastehen sehen. Und jetzt aber zur Hauptsache. Was wollen Sie zum Nachtessen trinken?“ fuhr das wirtliche Mädchen fort und stützte ihre Rechte dabei auf den Tisch. „Wir haben einen alten Tiroler „Koten“, der „Gans“ heißt (sowie viel wie „sehr gut“), aber auch ein frisches Maßl Bier, da der Vater erst gestern ein neues Maßl vom „Bürgerbräu“ zu Tisch hat holen lassen! Ich meine, zuerst das Bier, dann den Wein, denn man sagt ja: „Wein auf Bier, das rat' ich dir!“ Gelt Vater?“

Der nickte nur mit wohlgefälligem Lächeln, welches sein vergrämtes Gesicht förmlich verklärte und bald stand vor jedem von uns im Steinrug schäumendes köstliches Bier aus der damals so gut bekann- ten Tölzerbrauerei.

Dazu kam kalter Rinderbraten, ein ungeheurer ver- lödender duftender Geruch, „Schinken“ und „Kücheln“, geitern schon zum Festtag gekaut, nebst dem fetten Mus, dem Schmarren, das auf keinem

wohlhabenden Groß-Bergbauern-Tische in jener Zeit noch fehlen durfte.

Als sich nach einem Tischgebet Gilli neben mich setzte und mich „guten Appetit“ wünschte, erdickte mir ihre Entschuldigung: „Nehmt's halt fürlieb, Herr Max! mit unierer „Vergasolt“, bei uns ist das Fleisch rar und da die Schupheit noch nicht angefangen hat, gib's auch kein Wildpret“ — für recht überflüssig.

Das Bier und dann der ausgesprochene „Koten“ machten auch meinen Gastgeber heiter und sogar ge- sprächig.

Es sah sich ungenüßlich bei Speise und Trank, dem später einige meiner guten Zigaretten folgten. In der behaglichen warmen Stube war es wunder- schön und die angenehme Verschaulichkeit ward durch das Sturmgewitter und den Hagregen, der unge- stört an die Fensterhebeln klatschte, sogar noch erhöht.

Nach dem Essen stand Gilli von dem Tische auf, räunte ab, sah in der Stube und dem Stall nach, wo jetzt die „Echelaten“ (alter bayerischer Ausdruck für Gefinde) ihren Obliegenheiten nachkamen und ihr veripäteses Nachtmaß hielten.

Gilli ging ab und zu, stellte sich auch wohl neben ihren Vater und stützte ihre Hand zärtlich auf seine Schulter, während der Alte, allmählich aufgetaut, im Vertrauen, das er rasch zu mir gefahrt, mit alle die Verleumdungen und bösen Nachreden mittelste, deren Opfer er und seine Gilli seien, und deren Quell nur in der tüchtigen Bosheit des Gnadi-Gans, des sogen. „schiednen Hansl“ zu suchen wäre, den er vor etlichen Jahren aus Erbarmen über dessen damalige schlechte Lage, als Knecht eingestellt, aber bald wieder ent- lassen mußte, da er ein arbeitscheuer, unreinlicher, trunt- und freitüchtigiger Mensch gewesen, und alle sonst wackeren, meist sogar langjähriger „Echelaten“ aufgekehrt habe.

Ganz schlecht sei's aber erst vor 3 Jahren mit dem Sellinger Bergbauern geworden, als plötzlich an einer hitzigen Krankheit sein braves Weib ge- storben sei.

Dazu sei ihm dann vom Forstamt wie allen Berg- bauern, „Maden“ und „Dehen“, „Heimweide“, der sogenannte „Blumensch“, kraft dessen der Bauer sein gefantes Vieh den ganzen Sommer über frei in den Waldungen betrogen durfte, — abgelöst worden, ebenso das Recht des Streurechens.

Der Staat wollte dadurch den noch vorhandenen Waldbestand retten.

Der Sollinger würdigte dieses energische Vorgehen des Forstamts vollkommen und meinte:

„Sonst würd' es bald bei uns in Bayern j'rad so aussehen wie drüben in Tirol, wo die Steinberge wie weißes Totengruben in die Luft hinausflarren.“

Ich setzte stille bei:

„Ja wohl, und das Grün, welches gleichmäßig Aug' und Herz erfreut, dazu Leben und Roesie der Hochlandswelt, wären bald nun mehr ein schöner Traum gewesen!“

Mein wackerer Vati erzählte mir dann weiter: „Selbiges Geld, das ich nun bekommen habe, hat mir bald der eine, bald der andere abborgen wollen, jedoch hat keiner eine sichere Hypothek dafür geben können. Weil ich nun mein elterliches Bar-Ver- mögen nicht gerade zum Fenster hab' hinauswerfen wollen, so haben mich die abgebannten Leut' für einen Reibhummel verschrien, mir alles spottischlechte auf- getischt, zuletzt haben sie mich einen „Vergstüb“ (Drache, Zabelwurm) geheißen, der auf seinem Gelb- kasten liegt, und sie wollen er schon in der Ge- meinde ein Koblhäufel anblasen, an das ich mein Rebtage denken soll!“ (Fortf. folgt.)

Schiffen und Geschworenen haben sich bewährt, ebenso die bedingte Begnadigung. Von den Jugendgerichten ist zur Besserung der jugendlichen Delinquenten oft nicht viel zu erwarten. Bei vielen ist schon Schaden und Mafz verloren. Trotzdem sind diese Gerichte als sozialer Fortschritt zu begrüßen. In einem Fall von Holzfrevel, wo ein Kind an einem verbotenen Tage an verbietenen Ort Holz sammelte im Werte von 10 Bfg., ergingen drei Strafbefehle: 1. gegen den Delinquenten, 2. gegen den Vater als für den Schaden haftbar und 3. gegen den Vater wegen Vernachlässigung der Aufsicht. Solche Dinge sollten nicht vorkommen. Im Grundbuchwesen hat sich nichts geändert. Die Frage, ob die Grundbücher den Gemeinden belassen werden sollen, will die Kommission nicht wieder ansprechen. Die Petition der Gemeinde Faulenfurt um Verleihung des Grundbuchsamts ist durch Verleihung seitens der Regierung erledigt. In außerordentlichen Eilat sind die Anforderungen gering, sie werden daher künftig wieder mehr wachsen. Dem Vereine zur Fürsorge Strafentlassener Gefangener werde leider zu wenig Unterstützung zu teil. Die Kommission beantragt, den Zustizetat zu genehmigen, die Petition der Gemeinde Faulenfurt für erledigt zu erklären und in abgeklärter Form zu beraten.

Die Generaldebatte wird mit der Spezialdiskussion verbunden. Präsident Dörner verbreitet sich über den Gesetzentwurf des Reiches betr. das Erbrecht des Staates, der in weiten Kreisen Sympathie gefunden habe. Ferner nimmt Redner die Tätigkeit des Reichsgerichts in Schutz. Eine Entlastung des Reichsgerichts müsse erreicht werden. Das die Zulassung dann verjagt werden soll, wenn die beiden Vorinstanzen übereinstimmend entschieden haben, hält Redner im Interesse der Rechtseinheit nicht für empfehlenswert. Dagegen sollten alle Fälle, die das Parteitarrecht betreffen, dem Reichsgericht entzogen werden. Die Wirkungen der Kompetenzverteilung können Ueberforderungen bringen. Das Oberlandesgericht wird eine Entlastung erfahren, bedarf derselben auch, da Termine auf drei Monate hinaus verschoben werden müssen. Wenn der Wunsch ausgeprochen wird, die Amtsgerichtsämter auch bei den Landgerichten zuzulassen, so daß sie die Fälle bis zu Ende behalten, will mir scheinen, daß das keine allgemeine Rechtsnorm sein sollte mit Rücksicht auf die Behandlung der Fälle selber, sowie auf die Anwälte an den Landgerichten. Die Justizverwaltung sollte wie bisher die Zulassung der Rechtsmittel abhängig machen. In der Verwaltung solle in den oberen Instanzen eine größere Zentralisation stattfinden. Die Institution der Grundbuchämter, die mit vieler Mühe und großen Kosten geschaffen wurde, kann nicht befreit werden. Das Grundbuchwesen ist jetzt zehn Jahre neu geregelt. Er möchte bei dieser Gelegenheit seine Anerkennung für die in dieser Zeit geleistete Arbeit aussprechen.

Bürgermeister Weiß wünscht, daß statt der Amtsrichter Assessoren als Hilfsrichter ans Landgericht berufen werden. Er müsse wieder seine alte Klage über das Grundbuchwesen vorbringen. Seinem Bedauern, daß das Grundbuchwesen zum Tourneepfad kampfschwerer Juristen geworden sei. Die Kosten unserer Organisation seien viel zu hoch. Man könnte die Grundbücher den Amtsgerichten übergeben und die Mafzreiber als Hilfsarbeiter beibehalten, die gewisse Rechte zur Ausfertigung von Einträgen erhalten sollten. Gegen die Grundbuchräume in manchen Gemeinden habe er die allerhöchsten Bedenken. Die Älter werden oft in geradezu liebreicher Weise verwarbt.

Fhr. v. Stöcking: Er teile nicht die Auffassung, daß das Erbrecht des Staates einen gefunden Gedanken enthalte; er halte diesen Gedanken vielmehr für sehr gefährlich. Jetzt hätte man beim 5. Grade Halt gemacht, sonst wäre man aber weitergegangen. Redner tritt mit Entschiedenheit dafür ein, daß das Amtsgericht in Radolfzell belassen werde. Eine große Reihe von Gemeinden habe ein großes Interesse daran. Sogar habe nicht weiter an den Sitz des Amtsgerichts als man in mancher Großstadt auch habe. Es könne ja vielleicht später, wenn die finanzielle Entwicklung wieder eine bessere ist, auch in Singen ein Amtsgericht errichtet werden. Er bitte aber die Regierung, das Amtsgericht in Radolfzell zu belassen.

Oberbürgermeister Dr. Bildens teilt nicht die Bedenken des Vorredners gegen das Erbrecht des Staates. Wenn man die Grundbücher zu den Amtsgerichten bringen würde, wie es Weiß wünscht, wären mindestens 50 neue Amtsgerichte nötig. Das Interesse des Publikums verlange, daß sie bei den Gemeinden bleiben. (Sehr richtig!) Es würde ein Sturm der Entrüstung entstehen, wenn man den Gemeinden die Grundbücher nehmen würde. Im Interesse der Amtsgerichtsstände läge allerdings die Wegnahme von den Gemeinden, weil sie ihnen eine Werkzeuggestaltung bringen würde. Die Grundbuchämter haben sich bewährt. Ein praktisches Bedürfnis zur Minderung der Organisation liegt nicht vor. Er müsse seinem Bedauern Ausdruck geben, daß ein Medner im anderen Haus die Errichtung eines Landgerichts in Heidelberg für einen Fehler erklärte. Das Landgericht in Heidelberg ist so beschaffen, daß jetzt ein weiterer Richter notwendig ist.

Präsident Lewald äußert sich ebenfalls über das Erbrecht des Staates. Unser V. G. V. habe ein unbedingtes Interessee eingeführt. Heute, wo vielfach die blutverwandtschaftlichen Beziehungen verblasst sind, ist dieses Erbrecht nicht mehr am Platz; anstelle der Figur der lachenden Erben sollte die Allgemeinheit treten. Der Gesetzentwurf betr. das Erbrecht des Staates im Reichstag habe diesen sozial-ethischen Gedanken enthalten, aber aus fiskalischen Rücksichten über das Ziel hinausgeschossen. Der 1. Grad sollte noch berücksichtigt werden. Die Bettern und der Rhein sollten noch eberberechtigt sein; aber hinter ihnen sollte die Älter gemacht werden. Diese Sache werde bei der nächsten Reichsfinanzreform sicher wieder kommen.

Staatsminister v. Dusch: Es ist richtig, daß die Mafztätigkeit beinahe eingestellt ist; er hoffe aber, daß im nächsten Budget wieder neue Bauten vorgezogen werden. Ueber das Landgericht Waldshut will ich mich nicht einlassen nach dem Erfolg, den mein

Kollege bei einem Amtsgericht hatte. Das Landgericht Waldshut ist gefährdet; aber vorerst wird an eine Aufhebung nicht gedacht. Ein Grund zur Unruhe liegt absolut nicht vor. Der numerus clausus bei den Assessoren sei ein Akt der Notwehr. Unser Staatsexamen sei das strengste; es findet daher schon beizeiten eine starke Siebung statt. Auch er bedauere, daß die jungen Juristen sich der lateinischen Schrift bedienen. Bei der Simultanzulassung der Rechtsanwälte bleibe die Regierung bei ihrem bisherigen Standpunkt; von 100 Rechtsanwälten entbehren nur 14 der Zulassung bei den Landgerichten. Betr. das Erbrecht des Staates stehe die badische Regierung auf dem Standpunkt, daß eine Erweiterung des Staates wünschenswert ist. Er stimme den Ausführungen Lewalds zu. Bei einer hoffentlich nicht zu bald notwendigen Reichsfinanzreform werde das Erbrecht des Staates sicher wieder eine Rolle spielen. Die Regierung stehe theoretisch auf dem Standpunkt Weiß betr. das Grundbuchwesen; sie beabsichtige aber nicht in diese die Interessen der Bevölkerung betreffende Institution einzugreifen. Sie denke nicht daran, in der nächsten Zeit eine Aenderung der Organisation des Grundbuchs. Er habe aber die Frage im anderen Haus im Interesse der Vereinfachung der Staatsverwaltung ansprechen müssen, habe damit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Ministerialdirektor Dr. Häbich bedauere die große Erregung in Radolfzell über seine Ausführungen im anderen Haus und daß diese sogar parteipolitisch ausgenützt werden sollen. Er habe im Anschluß daran, daß z. B. in Singen kein Amtsgericht errichtet werden könne wegen der Finanzlage, gesagt: Wenn wir einmal infolge der weiteren Einwicklung Singens an die Frage herantreten, wird auch die Frage erörtert werden müssen, ob das Amtsgericht Radolfzell aufzuheben sei; es sei doch nicht zu denken, daß auf einer so kurzen Strecke die Amtsgerichte Konstanz, Radolfzell, Singen und Engen liegen. Ein Plan der Regierung liege nicht vor und darum sei auch für Radolfzell absolut kein Grund vorhanden, jetzt schon zu protestieren und zu petitionieren. Die Regierung denkt z. B. nicht daran, das Amtsgericht in Radolfzell aufzuheben.

Bürgermeister Dr. Weiß wendet sich gegen einen Vorwurf Bildens und beklagt es nochmals seinen Standpunkt im Grundbuchwesen. Die Arbeit der Notare sei getan. Es würde geradezu demoralisierend auf das Volk, wenn es sehe, daß der Staat Beamte unterhalte, die keine Arbeit haben.

Oberbürgermeister Dr. Bildens: Er habe Weiß seinen Vorwurf machen wollen.

Staatsminister v. Dusch weist die Bemerkung des Bürgermeisters Weiß zurück, als unterhalte der Staat Beamte, die nichts zu tun haben. Die Arbeit ist nach wie vor dieselbe.

Bürgermeister Vierneisel tritt für die Erhaltung des Landgerichts Mosbach ein.

Berichterstatter Fhr. v. Laroche findet den Gesetzentwurf betr. das Erbrecht des Staates nicht als unbedenklich. Lewald habe die Älter zu scharf gezogen; in ländlichen Kreisen werden die verbandtschaftlichen Beziehungen über den 4. Grad hinaus gepflegt. Somit stimme er Lewald zu.

Der Justizetat wird einstimmig angenommen. Fhr. v. Laroche berichtet noch über die Petition des Vereins geprüfter Justizoffiziere im unteren Justizdienst um Einweisung in Abt. G 3 des Gehaltsstufens. Im vollen Sinne der Petenten könne nicht entsprochen werden. Die Regierung wolle aber die Justizoffiziere als Bureauangestellten verwenden, wodurch ihren Interessen gedient sei. Die Kommission beantrage Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Ferner berichtet derselbe Redner über die Petition des Vereins der mittleren Justizbeamten im Großherzogtum Baden um Auslegung der Bestimmung der §§ 39 und 42 der Gehaltsordnung; es handelt sich um eine Beförderungszulage. Der Wunsch ist unbegründet. Die Kommission beantrage Ueberweisung zur Tagesordnung. Es ist eine sehr unerfreuliche Erscheinung, daß trotz der gegebenen Aufbesserung nun schon wieder eine ganze Reihe von Petitionen zum Gehaltsstufens vorliegen. Ich glaube, daß die Beamten, die jetzt schon wieder Sturm laufen, die Interessen der Beamten nicht fördern.

Die Anträge werden debattelos angenommen. Nächste Sitzung unbefristet. Schluß 12 Uhr.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 29. Jan. 1909.
26. Sitzung.
(Schluß.)

Abg. Henwirth (natl.) spricht über die verschiedene Vorschläge bezügl. der landwirtschaftlichen Bildungsanstalten, über die wichtigsten darin zu lehren den Fächer, über den Nutzen der Haushaltungsschulen, aus denen schon tausende tüchtiger Frauen hervorgegangen. Im Obstbau tue seine Heimatgemeinde viel, indem sie Bäume auf Gemeindegeländen pflanze, den Anstößern setzen und mehrere Jahre pflegen lasse. Man suche die bewährten alten Sorten heraus und habe gute Resultate zu verzeichnen. In der Rindviehzucht sei es zu beklagen, daß sie durch Einführung der Milchwirtschaft vielfach geschädigt werde. Die Vieherzeugung verliere viel durch die Einrichtung der Kadaververnichtung, in seiner Gemeinde mache es 3-400 Mk. Die Labaktämierung solle erst bei der Verwirklichung vorgenommen werden. Dem Gerstenbau müsse mehr Sorgfalt zugewendet werden, damit wir der ausländischen bezügl. der Qualität gewachsen sind. Die Großbauern müßten bei der hohen Steuer auf gute Qualität schauen. Auch sollten nicht zu viele Sorten gepflanzt werden.

Nun erregt der Minister v. Bodman das Wort, um das Vereinzeln der Polenpolitik zu bedauern und seine Freude über die Anerkennung auszusprechen, die der Leiter der Saatgutanstalt, Dr. Lang, gefunden. Die Regierung betrachte es als Fehler, Verträge zu machen mit rothseitigen Arten, die Einheit müsse aufrecht erhalten werden. Die Lagerhäuser seien vom Staat unterstüzt worden, z. B. Lauderhofsheim mit 10 000 Mk. Wenn ein großer Kampf komme, was der Minister nicht hoffe, aber fürchte, so müsse die Regierung für das Volk sorgen. Der landwirtschaftliche Verein habe nicht geschlafen, sondern vieles geleistet, höchstens einzelne

Zweige. Den Abg. Westhoff möchte er bitten, den Behauptungen über Prämierung der Personen statt der Sachen, auf den Grund zu gehen und ihm Beweise zu bringen. So lange diese Beweise fehlen, könne er die Behauptungen nicht als richtig anerkennen. Das genehmigte Geld käme alles in die rechten Taschen.

Regierungsvertreter Weinigartner gibt noch Aufschluß über den Chekverkehr bezügl. über den Umtauschsystem bei den Sparkassen; die Regierung sei für eine mildere Auffassung tätig gewesen. Auch habe die Regierung aus der Amortisationskasse 1 900 000 Mk. zu 4 Prozent an das Postamt zur Verfügung gestellt, zum Anschlag der landwirtschaftlichen Verpfändungsanstalt. Der Einzug der Beiträge zur landwirtschaftlichen Verpfändungsanstalt in zwei Raten empfehle sich nicht. Die Reduzierung der Beiträge bzw. eine Verhütung des Anwachsens sei in Vorhingen erzielt worden durch stärkere Kontrolle der Kassenbezieher und bessere Anwendung der Saugmittel gegen Unfälle. 1 700 000 Mk. seien an die Landwirte ausbezahlt und damit viele kleine Erntestellen erhalten worden.

Ministerialrat Webe gibt Antwort auf des Abg. Sängers Anfrage über den Sanftbau. Die Regierung habe bei der Marine für Abnahme gewirkt, es seien ihr auch Zusagen gemacht worden, allein der Sanftbau gehe immer mehr zurück; es werde nur noch in 5 Bezirken Sanft gebaut. Bezüglich des Mangels an Fettgehalt der Milch solle kein Lieferant gestraft werden, wenn er die Milch nur so liefert, wie die Kuh sie gibt. Zur Bekämpfung der Soppentrankheiten und auch anderer Schädlinge sollen besondere Organisationen gegründet werden mit Vertrauensmännern, Aufstichtsmännern und einer Kontrollstelle. Möge die Bevölkerung nur aus dieser Organisation Verständnis entgegenbringen. Die Saatgutanstalt sei 1905 schon geplant und beschlossen worden, wegen der hohen Kosten (80 000 Mk.) habe man nach der Hochburg gegriffen, so man viel billiger durchkam; andernfalls hätte man noch gar keine. Ueber die Resultate der

Tabaktämierung seien die Erfahrungen noch nicht abgeschlossen, die Landwirtschaftslehrer und -Kammer werden sich zu äußern haben. Bezügl. der Faulbrut der Bienen seien die Forschungen zu einem gewissen Abschluß gekommen und es sei eine reichsgesetzliche Regelung zu erwarten. Zur Abgabe von zuchttauglichen Farnen an Gemeinden steuere der Staat 20 000 Mark bei. Die Prämierungssumme für Bienen sei von 100 000 Mark auf 80 000 Mark herabgesetzt worden. Auch die kleinen Leute könnten sich beteiligen, die Vorschriften seien entsprechend geändert. Die Feuerversicherungsschadensleistungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen ausbezahlt.

Präsident Rohrhoff schlägt vor, hier abzubrechen. Es sind immer noch 24 Redner gemeldet. Er bitte die Redner jetzt schon, am Montag ihre Ausführungen denkbar kurz zu gestalten, damit die Landwirtschaftsdebatte am Montag zu Ende geführt werden kann.

Nächste Sitzung: Montag 3/4 Uhr. Fortsetzung. Am Schluß der Sitzung, halb 1 Uhr, sind noch 25 Abgeordnete anwesend.

* Karlsruhe, 30. Jan. Das Eisenbahnbudget für die Jahre 1910 und 1911 ist nach der „Straßburger Post“ nunmehr fertig gestellt. Die Gesamtanforderungen belaufen sich zwischen 80 und 90 Millionen Mk. In Bezug auf das Projekt betr. die Ausnützung der Wurgtalbahnstrecke, welches einen Aufwand von 20 Millionen erfordert, wird dem Landtage eine besondere Vorlage zugehen.

* Karlsruhe, 30. Jan. Nachdem der Gesetzentwurf betr. die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten die Zustimmung der Ersten und Zweiten Kammer gefunden hat, werden die Geschäftsordnungskommissionen beiden Häuser alsbald zur Prüfung der Frage zusammenzutreten, auf welche Weise die Anwesenheit der Abgeordneten festzustellen ist.

Kleine badische Chronik.

* Radolfzell, 28. Jan. Die 1876 gegründete Firma Gotthard Allweiler ist seit einigen Tagen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Geschäftsjahr beträgt 1 500 000 Mk.; außerdem wird eine 4-prozentige erste Hypothekentilgung aufgenommen. Herr Fabrikant Carl Wolf, der Schwiegersohn des Gotthard Allweiler, wird Vorstand der Aktiengesellschaft, Herr Fabrikant Ferdinand Allweiler, der Sohn des Gotthard Allweiler, übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat. Dem letzteren gehören an die Herren Kaufmann Albrecht Delle in Konstanz, Franz Funk, Direktor der Filiale der Rheinischen Kreditbank, Konrad Emil Meißner in Mannheim, und Rechtsanwalt Albrecht Winterer in Konstanz. Der größte Teil der Aktien bleibt im Familienbesitz. Das Geschäft geht brilliant. Auch die Firma Schlicher (Textilfabrik) hat wieder größere Aufträge erhalten. — Die Kette hat seit dem letzten Sommer intensiver eingeleitet und die Möglichkeit, daß der Interieur zugewandt ist, näher gerückt. — Im katholischen Bürgerverein ist auf den sogenannten „schmutzigen Donnerstag“ eine schöne Unterhaltung geplant.

* Kaiserfeiern. — Erlendbad bei Achern, 28. Jan. Auch die Fugäste im schon gelegenen Erlendbad ließen es sich nicht nehmen, das Geburtsfest des Deutschen Kaisers in einfacher, aber würdiger Weise zu begehen. Im Festgottesdienst am Morgen empfahlen wir unsern Kaiser dem allmächtigen Gott und Venter der Weltgeschichte. Am Abend verarmten sich die Karäfte zu einer Feier, bestehend aus Gesang, Musik und Reden. Die anwesenden musikalischen und gelanglichen Kräfte trugen ihr Beites zum Gelingen des Festaktes bei. Die Karäfte, gehalten vom Hausgeistlichen, behandelte Kaiser Wilhelm II. als christlichen Kaiser, ein Kurzug (Herr Nibel) feierte der Papst als Hüter der heiligen Güter der Menschheit. Was unsern beiderseitigen Feiern besonders ansehnlich, war die Anwesenheit Seiner Majestätlichen Gnaden des hochwürdigsten Herrn Reichsbischofs von Straßburg, Dr. Jörn von Bulaß, der seit einigen Tagen zur Kur hier weilte. Der hochwürdigste Herr, der auch am Morgen dem Festgottesdienst beigewohnt, erregte uns ebenfalls durch eine Ansprache in der er antwortend auf die vorangegangenen Reden, warmen Ausdruck verlieh, seinen Gefühlen für den Kaiser, dem er oft persönlich zu nahe die Ehre gehabt hat, seiner ehrfurchtsvollen Anhänglichkeit für den Kaiser, von dem es ihm vergönnt war zu verschiedenen Malen empfangen zu werden. Der hochwürdigste Herr, der oft in Funchen weilte, betrauerte, sagte er, das hohe Bedauern als keine zweite Heimat und rechte dann in innigen Worten von dem großherzoglichen Hause und von dem gelebten und erlebten Herrn Reichsbischof von Freiburg. Gedächtnis wurde ihm der Herr Reichsbischof noch besonders an die Kuräfte mit dem Wunsch, sie möchten in dem hohen Nordenheim die erlebte Gesundheit wiederfinden. Zum Schluß führte uns ein lebendes Bild, die biblische Szene von Jakob, den großen darstellend, unsere Pflichten gegen Gott und Kaiser auch biblisch vor Augen.

* Landwirtschaftliche Buchführungskurse. Die Landwirtschaftskammer beabsichtigt, eine einjährige landwirtschaftliche Buchführungskurse für Baden zur Einführung zu bringen. Nach dem dafür ausgearbeiteten Buchführungssystem, welches einfach zu handhaben ist und doch genaue und richtige Aufschlüsse über die Wirtschaftsführung gibt, werden in nächster Zeit einige Buchführungskurse für Landwirte abgehalten werden. Zunächst sind folgende Kurse in Aussicht genommen: am 1. 2. und 3. März in Heidelberg, am 7., 8. und 9. März in Offenburg, am 10., 11. und 12. März in Radolfzell. Für diese Kurse, die jedoch sehr stark besucht sein werden, können jetzt schon Anmeldungen an die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe gemacht werden. Außer dem Buchführungsunterricht wird jeden Tag ein Vortrag über einen allgemeinen landwirtschaftlichen Gegenstand gehalten werden. Die Kurse sind unentgeltlich, die Materialien dazu stellt die Landwirtschaftskammer. Derselben Teilnehmer, die einen Kurs bis zu Ende mitmachen und die Einheitsbuchführung der Landwirtschaftskammer in ihrem Betriebe einführen wollen, erhalten die Formulare hierzu für ein Jahr unentgeltlich; außerdem können dieselben, wenn sie die Buchführung für ein Jahr richtig durchgeführt haben, von der Landwirtschaftskammer eine Prämie von 20-30 Mk. erhalten.

Lokales.

Paris, 31. Januar 1910. Aus dem Hofbericht. Der Großherzog und die Großherzogin sind am Samstag vormittag nach halb 10 Uhr von Berlin hierher zurückgekehrt. Die Großherzogin wurde von Begleitern am Bahnhof abgeholt.

In Karlsruhe wurde der Großherzog von dem Vortrage des Geheimrats Dr. Freiherrn von Dado und des Legationsrats Dr. Seyd. Mittags begaben sich der Großherzog und die Großherzogin in das Schloß zur Begrüßung der Königin von Schweden. Nachmittags hörte der Großherzog den Vortrag des Ministers Freiherrn von Bodman.

Der dienstliche Kammerherr Graf Hennin hat sich im höchsten Auftrag nach Pforzheim begeben, um am Samstag an dem 50-jährigen Todestag der Großherzogin Stephanie an deren Gruft Kränze des Großherzogs und der Großherzogin und der Großherzogin zu niederklegen.

* Julia Wils-Gmeiner-Viederabend. Der wegen des Hofballs verabschiedete Wiederabend der berühmten Sängerin wird nun bestimmt am Donnerstag, den 10. Febr. im Musiksaal stattfinden. Julia Wils-Gmeiner ist ein glänzender Stern am Weltbühnen. Sie versteht durch ihren unvergleichlich schönen Gesang, der Menschen Herz und hohe Freude zu bereiten. Die Künstlerin war eine Zeitlang dem Konzertsaal ferngeblieben, erschien aber in ihrem ersten Berliner Wiederabend in dieser Saison, wie die Kritik schreibt, mit einer Fülle des technischen Könnens und einer Beherrschung des durchgeleiteten Vortrages, die in ihrer Vortragsweise das Bild der höchsten Vollendung bot. Dem hiesigen Wiederabend dürfte das größte Interesse entgegen gebracht werden.

* Badischer Kunstgewerbeverein. Die diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag, den 24. d. M. im Saal der Bier-Schnecken statt. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Direktor Hoffacker, begrüßte die erschienenen Mitglieder, insbesondere auch dem anwesenden Vertreter der Großherzoglichen Regierung, Herrn Ministerialrat Dr. Schreiber und erklärte sodann den Jahresbericht. Der Verein zählt gegenwärtig 577 Mitglieder, aus Karlsruhe 296, auswärts 311. Gestorben sind im abgelaufenen Jahre die Mitglieder: Tapetenfabrikant W. A. Fran Konrad Diefeld, Privatier Karl Hoffmann, Inpeltor W. A. Franke und Präsident Grellmann Dr. Schenk von Karlsruhe, Ofenfabrikant Roth von Doss, Kaufmann M. A. Dinkel von Mannheim, und Gewerbeschulvorstand Duffner in Emmendingen. In Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Vorträge wurden gehalten: von Direktor Schwarzvogel aus Darmstadt über das Wesen der Keramik und ihre Bedeutung für Architektur und das Kunstgewerbe; von Dr. Oskar Fidler aus Berlin über Vorbilder und Möglichkeiten der Feldarbeit; von Direktor Dr. Brinmann aus Hamburg über Kunst und Handwerk der Japaner; von Herrr Glod von Wolfenweller über das historische Kollisch in Baden während des 19. Jahrhunderts und einen Fuchsbau von Herrn Hofschalder über die Kunst der Steinmetzen und die Kunst der Steinmetzen in der Tschier. Neue Mitglieder sind auch ein Antrag nach Baden zur Verleihung des alten Schlosses, wobei Herr Regierungsbaumeister Lind eine Vortrag über die Geschichte des Bauwerkes hielt und die Fassung übernahm. — Der Vorsitzende hat am Verhandlungsabend der Kunstgewerbeverein in Halle an Ostern vorigen Jahres teilgenommen und berichtet über die Verhandlungen und Beschlüsse desselben. Ebenso gab er eingehende Aufschlüsse über den ermittelten Verlauf der Weihnachtsausstellung im Rathaus des Kunstgewerbemuseums im Dezember, insbesondere auch über die von einzelnen hiesigen Geschäftsleuten dagegen unternommenen Schritte, die zur Folge hatten, daß die Ausstellung eine recht geringe Warte im letzten Oktober ist, daß sie von über 2000 Personen besucht wurde. — Im Auftrag der Firma C. A. W. v. Braun in Karlsruhe teilte der Kunstgewerbeverein anfangs Januar ein Preisausgeschrieben für Ornamente zu Rahmenentwürfen. Die Preisungsgewinn auszuführenden Vorstandsmitglieder wurden wieder gewählt und zwar Direktor Hoffacker als 1. Vorsitzender, Kreisforst B. S. Meyer als 2. Vorsitzender, Privatier Schwaab als Sachgewerter, Kreisforst Meyer als Schriftführer und als weitere Vorstandsmitglieder die Herren Wilhelm W. Hingler, Kreisforst Hofmann und Professor Dr. Holz von hier und Hofschalder als 1. Vorsitzender von Mannheim. — Den Nachmittagsbericht für das abgelaufene Jahr erstattete Herr Schwaab. Die Einnahmen betragen 6190.70 Mk., die Ausgaben 5799.70 Mk., der Jahresüberschuss also 390.97 Mk. Der Vermögensbestand beläuft sich auf 18 165 Mk. Dem Kunstgewerbeverein wurden auch im vergangenen Jahre zu Neuanschaffungen 1000 Mk. überwiesen, ebenso zu Ausstellungen von Berlin junger Künstler aus dem Zinnen der Silberlotterie (424.80 Mk.). — Die vorjährige Rechnung haben die Herren Kaufmann W. A. Franke und Privatier Kaufmann W. A. Franke in allen Teilen richtig befunden. Dem Schwaab wurde Entlohnung erteilt und die genannten Herren auch für das kommende Jahr als Rechnungsprüfer bestellt. Schlichter fand ein Meinungsaustausch über die anzuschaffende Feuerkasse. — An die Hauptversammlung schloß sich eine gefällige Unterhaltung, an der sich auch die Familienangehörigen der Mitglieder zahlreich beteiligten. Der Privatier Doll et al. hielt einen interessanten Nachbetrachtung über eine Reise nach Würzburg, Bamberg und Nürnberg ab. E., der ebenso wie die reisenden Vorträge von Herrn und Frau Meyer — unter Begleitung des Herrn G. W. — und die vorerwähnten Darbietungen der Herren Kaufmann W. A. Franke und Privatier W. A. Franke mit allgemeinem Beifall ausgedrückt wurden.